

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Fernbestellungen die Postämter entgegen. — Druckerei: Auer, Erzgebirge, Anstalt Nr. 53.

Verantwortlicher: Dr. Johannes Schmalz. Druckerei: Auer, Erzgebirge, Anstalt Nr. 53.

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 215

Dienstag, den 13. September 1932

27. Jahrgang

Fraktionsführer-Empfang erst Donnerstag

Reichstagsausprache wird abgewartet — Heute spricht der Kanzler — Bedeutende Erklärungen Schleichers

Berlin, 11. Sept. Die Vorbereitungen für den mit so großer Spannung erwarteten Zusammentritt des Reichstages vollziehen sich in einer sehr merkwürdigen Verwirrenheit und unter allen Anzeichen der Unsicherheit für die weiteren Ausichten der Entwicklung. Besonders am Sonnabendabend gingen die verschiedenen Dispositionen wild durcheinander.

Bekanntlich hatte sich Reichspräsident von Hindenburg damit einverstanden erklärt, daß ihm die Fraktionsführer der Mehrheitsparteien (Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerische Volkspartei) am Dienstag, also nach der für Montag 15 Uhr anberaumten Reichstagsrede des Kanzlers, einen Besuch abstatten wollten. Am Sonnabend hat aber Reichspräsident Goering darum gebeten, diese Unterredung auf Montag vorzuberlegen, und in einer amtlichen Mitteilung wurde am Sonnabendabend bestätigt, daß der Reichspräsident von Hindenburg auch damit einverstanden war. Er erwartete die Vertreter der drei Mehrheitsparteien nunmehr für Montag, 17 Uhr. Es ist jedoch auch dabei nicht geblieben, sondern die Parteien haben es sich am Sonnabend noch einmal anders überlegt. Sie hätten die Vorverlegung gemünzt, weil sie damit eine Verschlebung der Kanzlerrede auf Dienstag verbinden wollten, und sie legten Wert darauf, mit dem Reichspräsidenten vor der Kanzlerrede sprechen zu können, denn sie befürchteten, wenn sie nach der Rede vom Reichspräsidenten empfangen würden, so würde dieser nach ihrer Stellungnahme zum Regierungsprogramm fragen und würde, falls die Antwort ablehnend ausfiel, sofort zur Auflösung des Reichstages schreiten, ohne daß die Parteien Gelegenheit zu einer Aussprache gehabt hätten. Diese Vermutung ist aber irrig gewesen, und die Reichsregierung hat sich heute in einer besonderen amtlichen Mitteilung ausdrücklich gegen derartige Absichten verwahrt. Diese Erklärung, die auffallend scharf pointiert ist lautet:

Berlin, 11. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: In einigen Zeitungen wird die Möglichkeit unterstellt, daß die Reichsregierung in unaufsichtiger Weise die zum Ziele einer Verständigung gesuchte Aussprache beim Reichspräsidenten dazu benutzen wolle, um den Reichstag nachher, d. h. nach der Regierungserklärung, sofort aufzulösen, ohne ihm die Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Diese bisherigen Gespinnstereien in befremdender Weise widersprechende Verdächtigungen der Reichsregierung muß auf das schärfste zurückgewiesen werden. Die Annahme ist irrig, daß die Reichsregierung durch vorzeitige Reichstagsauflösung eine politische Aussprache im Reichstag zu verhindern wünscht. Die Reichsregierung sieht vielmehr einer solchen Debatte mit großem Interesse entgegen, weil sie sich von ihr eine sehr nützliche Klärung des deutschen Volkes verspricht und weil sie keine Möglichkeit ungenutzt lassen möchte, auch im Reichstag eine Mehrheit für ihr Programm zu finden.

Zimmerhin hatten die Parteien auf Grund der erwähnten irrthümlichen Annahme am Sonnabendnachmittag um die Vertagung des Empfanges beim Reichspräsidenten gebeten, und zwar sollte die Besprechung nunmehr auf das Ende der Reichstagsdebatte verlegt werden. Wenn auch der Reichspräsident, der durch diese ungewohnten Absagen verblümt ist, noch keinen neuen Termin anberaumt hat, so wird doch angenommen, daß die Besprechung nunmehr nach der Reichstagsausprache, also am Mittwoch oder Donnerstag, stattfinden wird, nachdem die Parteien Gelegenheit gehabt haben, in der Reichstagsausprache ihre Meinung zum Regierungsprogramm zu sagen. In der Besprechung beim Reichspräsidenten, die auf jeden Fall vor irgendeiner Abstimmung stattfinden muß, wird sich dann zeigen, welche Absichten die Parteien haben, ob sie dem Programm des Kanzlers zustimmen oder ob sie es ablehnen, ob sie Mißtrauensanträge beschließen wollen oder ob sie statt dessen einen Vertagungsbeschluss fassen wollen. Je nach ihren Aeußerungen — und auch der mehr oder minder sanfte Verlauf der Reichstagsdebatte selbst wird dabei natürlich ins Gewicht fallen — werden Reichspräsident und Regierung dann entweder die sofortige Auflösung des Reichstages verkünden, bevor dieser eine Abstimmung vornehmen kann, oder sie werden auf die Auflösung verzichten, falls die Reichstagsmehrheit eine langfristige Vertagung und damit die Isolierung des Kabinetts Papen und seiner Kabinettsangehörigen beschließt.

Es ist nun die Frage, ob die Mehrheitsparteien bis zum Donnerstag noch zu einer Verständigung über einen solchen Vertagungsbeschluss kommen können. Das hängt vor allem von den Nationalsozialisten ab, bei denen in den letzten Tagen verschiedene Strömungen zu beobachten waren. Die, wie verlautet, unter der Führung des Abgeordneten Strasser stehende parlamentarische Gruppe glaubt, durch einen Vertagungsbeschluss die Möglichkeit zu gewinnen, in der Folgezeit eine Umbildung des Reichskabinetts herbeiführen zu können. Es sollte ein Kabinett gebildet werden, in dem an Stelle des Herrn v. Papen der Reichswehrminister v. Schleicher das Reichskanzleramt übernehmen sollte, und einige Nationalsozialisten sollten wichtige Ministerposten in dieser Regierung bekommen. Nun hat aber noch am Sonnabendabend der Reichswehrminister v. Schleicher in einer öffentlichen Erklärung festgestellt, daß er zur Beteiligung an derartigen Plänen nicht bereit ist.

Eine Erklärung des Reichswehrministers

Berlin, 10. Sept. Entgegen anderslautenden Gerüchten, die zur Zeit unläufig, teils Reichswehrminister von Schleicher mit, daß er nicht bereit ist, zu einer Verfassung des Gedanken einer unabhängigen Präsidialregierung durch ein tatsächlich von den Parteien gebildetes Kabinett die Hand zu bieten. Er betont, daß er es als eine Untreue gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten ansehen werde, wenn er irgendetwas tun würde, was den Bestand des jetzigen Kabinetts gefährden könnte.

Der „Stahlhelm“ zur politischen Lage

Berlin, 11. Sept. Der Bundesvorstand des Stahlhelms, der am 10. und 11. September in Magdeburg versammelt war, gibt zur politischen Lage folgende Verlautbarung bekannt: Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, begrüßt es, daß der Reichspräsident, den Willen des Volkes erkennend, die Führung des Staates von Partei- und Sonderinteressen freigemacht hat. Wir verlangen eine nationale Staatsführung, die sich auf sich selbst stellt und nur eine Verantwortung dem ganzen Volke gegenüber kennt. Wie zehn Jahre haben bewiesen, daß dies heute durch Wahlen nicht zu erreichen ist. Darum schluß mit diesem überlebten Parlamentarismus! Wir verlangen von dieser Regierung, daß sie vorwärts marschiere. Handeln tut not, nicht reden und fragen; so wird sie das Vertrauen des ganzen Volkes erobern.

Ueberreichung der französischen Antwortnote

Wahrscheinlich scharfe Ablehnung der deutschen Forderungen

Berlin, 11. Sept. Reichsaußenminister Fischer von Reuter empfing heute mittag den französischen Botschafter Francois Boncet, der ihm die französische Antwortnote auf das deutsche Reques in der Abrüstungsfrage überreichte. Die Note wird am Dienstagvormittag veröffentlicht werden.

Eine „Friedensrede“ Herriots

Paris, 11. September. Die Stadt Reuz war heute der Schauplatz einer großen französisch-amerikanischen Erinnerungstunde, in deren Mittelpunkt die Einweihung eines auf amerikanische Initiative zurückgehenden Denkmals zur Erinnerung an die Marne Schlacht stand. Ministerpräsident Herriot erinnerte in warmen Worten an die amerikanisch-französische Waffenbrüderschaft im Kriege. Es sei jetzt Pflicht, eine im Feuer der Schlachten geschmiedete Freundschaft nicht gefährden zu lassen. Der Friede sei im Herzen eines jeden Franzosen als tiefste Leidenschaft verankert. Er habe Frankreich die Zugeständnisse und Vergünstigungen eingegeben, zu denen es sich bereit fand. Obwohl Frankreich überall Hilfe und Unterstützung gefunden habe, hätte die unglückliche französische Zivilbevölkerung vier Jahre lang das Martyrium der Verdammung oder der Zwangsjahre kennen gelernt. Verständig und unabhängig denkende Leute müßten also die Besorgnis Frankreichs bezweifeln, wenn es von gewissen gefährlichen Randgebungen her. Diese Besorgnis lasse Frankreich genug U-

Heute Kanzlerrede

Berlin, 11. Sept. Die Rede, die der Reichskanzler am Montag um 15 Uhr im Reichstag halten wird, dürfte ungefähr eine Stunde in Anspruch nehmen. Der Kanzler gedenkt, das Regierungsprogramm auf allen Gebieten der gesamten Politik eingehend zu entwickeln, aber nicht im Sinne einer Polemik gegen die Oppositionsparteien, sondern in rein sachlichen Formen. Besonders wird er den sozialpolitischen Teil unter Hinweis auf die vor kurzem veröffentlichte Kundgebung Hindenburgs in den Vordergrund stellen, da dieser Teil des Regierungsprogramms bisher zu den meisten Besorgnissen und Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit geführt hat. Sowohl hier als auch in rein wirtschaftlicher Hinsicht wird der Kanzler wahrscheinlich den Gedanken an die Zurückstellung der Parteigenossen zugunsten der Gemeinschaftsarbeit stark unterstreichen, während er die verfassungsmäßigen Fragen wohl nur kurz streifen und lediglich die allgemeine Reformbedürftigkeit der Verfassung betonen wird, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Dagegen wird der Kanzler, wie man hört, noch nicht auf die neue französische Note eingehen, die am Sonntagmittag als Antwort auf die deutschen Darlegungen in der Abrüstungsfrage überreicht worden ist. Diese Note, die der französische Botschafter Francois Boncet heute dem Außenminister von Reuter in Berlin überreicht hat, soll erst im Laufe des Montags veröffentlicht werden. Wie man hört, ist dieses sehr ausführliche Dokument in sachlicher Hinsicht in ablehnendem Sinne gegenüber den deutschen Forderungen gehalten, aber es soll im Ton sehr gemäßigt sein, und es stellt dem Vernehmen nach den Gedanken an einen Appell an den Völkerverbund in den Vordergrund, womit jedoch gleichzeitig der Plan deutsch-französischer Sonderverhandlungen über diese Frage abgelehnt wird.

geklärtheit, um einen Aufruf zur Wiederaufnahme sogar an diejenigen zu richten, die Frankreich so schwer bedrückt hätten.

Auch Paul Boncour spricht

Paris, 11. September. Der französische Kriegeminister hat auf dem Bankett, das der Denkmalenthüllungsfest in Reuz voranging, ebenfalls das Wort ergriffen. Seine Ausführungen liegen jedoch im offiziellen Text noch nicht vor. Jedenfalls soll Paul Boncour auf einen Appell des Bürgermeisters von Reuz, doch alles für Frankreichs Sicherheit zu tun, in sehr energiegelassen Worten geantwortet haben, was, wie die Blätter berichten, den lebhaften Beifall der Bankettteilnehmer auslöste. Boncour habe, berichtet „Temps“, auf die Bedeutung des französisch-amerikanischen Einvernehmens hingewiesen und alsdann eine sehr prägnante Anspielung auf die bezeichnenden immer zahlreicher werdenden Kundgebungen in Deutschland gemacht. Der Kriegeminister habe, wenn auch gemäßigt im Ton, so doch energisch zum Schluß bemerkt, Frankreich werde nicht zulassen, daß die übrigen Nationen anstücken und Frankreich somit gezwungen würde, seinerseits aufzurücken.

Der deutsche Antrag auf Zahlungsausschub an Amerika

Berlin, 10. Sept. Von unterrichteter Seite wird zu den Berichten über den beabsichtigten deutschen Antrag auf Zahlungsausschub bei der amerikanischen Regierung erklärt, daß es sich dabei nicht um ein Moratorium handelt, sondern lediglich um einen Zahlungsausschub. Die Erklärung wird erfolgen, nachdem vorher in Besprechungen mit amerikanischen Regierungsstellen noch eine Reihe von Vorfällen geklärt ist. Der Antrag, um den es sich handelt, und der sich zusammensetzt aus den deutschen Zahlungen für die Besatzungskosten und den sogenannten Miet Claims, beläuft sich auf 60 Millionen Mark jährlich.

Schwere politische Zusammenstöße

Wien, 11. Sept. Nach der Gemeinderatswahl in Bruck a. d. Leitha kam es heute nacht zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Zwei Nationalsozialisten wurden durch Stöße lebensgefährlich verletzt.

Brückenprotesten brasilianischer Aufständischer

Paris, 10. Sept. Sabas meldet aus Rio de Janeiro, daß nach offiziellen Mitteilungen die Aufständischen, um das Vordringen der Bundesstruppen zu verhindern, eine 50 Meter lange Brücke über den Marapanema-Fluß gesprengt hätten. Auch andere kleinere Brücken und Säulen auf dem Fluß veranderten Fahrzeuge seien vernichtet worden.